

Kontinuitäten und Zäsuren in der Geschichte Kroatiens – Schwerpunkt 20. Jahrhundert

Kurzzusammenfassung des Vortrags vom 14.04.2008

Prof. Dr. Ludwig Steindorff (Universität Kiel)

In seinen Ausführungen blendete der Vortragende weit zurück in die Geschichte. Er ging aus von dem Werk des französischen Historikers Fernand Braudel über das Mittelmeer in der frühen Neuzeit. Braudel unterscheidet hier drei Ebenen der Geschichte: die lange Dauer, die Konjunkturen und die Ereignisse (*longue durée/structure – conjonctures – évènements*). Bei letzteren konzentrierte sich der Referent auf Zäsuren und Wendepunkte, insbesondere Momente historischer Alternativen.

Als erstes Element der „langen Dauer“ nannte er die geographisch-ethnographischen Zonen der pannonischen Tiefebene, des dinarischen Gebirgszuges und der mediterran geprägten Adriaostküste. Der Umfang der als „Kroatien“ bezeichneten Gebiete und der Gebiete mit kroatischer Bevölkerung wandelte sich im Laufe der Jahrhunderte. Von „langer Dauer“ war die Wirksamkeit der griechischen Kolonisation im 4. Jahrhundert v. Chr. und der Städtkultur seit der Römerzeit; erhaltenes Bauerbe aus dieser Zeit sind zum Beispiel das Amphitheater in Pula oder der Diokletianspalast in Split. Ein weiteres Element der „langen Dauer“ ist die westkirchliche Ausrichtung bei zugleich vielen Begegnungen mit der Orthodoxie und seit der frühen Neuzeit auch mit dem Islam. Der Protestantismus spielt keine nennenswerte Rolle. Ein Aspekt der „langen Dauer“ ist die slavische Sprache. Das Ethnonym „Kroate“ ist seit dem 9. Jahrhundert belegt. Im Raum Kroatien waren durch die Geschichte drei Schriften präsent: Lateinschrift, die „Glagoliza“ (von altkirchenslawisch *glagol’*, „Wort“), die älteste slawische Schrift und das daraus hervorgegangene Kyrillische. Eine vormoderne „Staatlichkeit“ macht Steindorff seit dem Frühmittelalter aus. Den Beginn der Reichsbildung benennt er für die Zeit seit dem 8. Jahrhundert. Eine weitere Kontinuität liegt in der Eigenständigkeit der einzelnen Regionen.

Im weiteren Verlauf des Vortrages wandte sich Steindorff den Brüchen und Zäsuren in der Geschichte Kroatiens zu: Einbindung in das Römische Reich; die slavische Landnahme am Ende der Völkerwanderungszeit im 7. Jahrhundert. Zu diesen Abläufen gibt es noch viele ungeklärte Fragen und Widersprüchlichkeiten. Der Name „Kroate“ stammt wahrscheinlich aus dem Osten, am wenigsten unwahrscheinlich sei die These vom iranischen Ursprung. Unklar ist auch, ob die Kroaten als ein slawischer Stamm sich ansiedelten oder erst kurz nach

den Slawen kamen und sich dann in der neuen Umgebung slawisierten. Die Christianisierung erfolgte seit dem 8. Jahrhundert von Westen, von Aquileia und Rom, aus. Das erste Bistum ist für das 9. Jahrhundert belegt. Das mittelalterliche Slawonien umfasste das heutige Nordkroatien. In Zagreb, dem Zentrum des mittelalterlichen Slawonien, erfolgte die Bistumsgründung im Jahre 1094. 1102 ging Kroatien eine Verbindung mit Ungarn ein. Es handelt sich um die längste Personalunion in der europäischen Geschichte; sie währte bis 1918.

Die Schlacht von Mohács (1526), bei der auch der ungarisch-kroatische König Ludwig II. den Tod fand, markiert für Kroatien und Ungarn das Ende des Mittelalters. 1527 wählte der kroatische Landtag ebenso wie der ungarische Erzherzog Ferdinand von Habsburg zum König. So entstand zugleich die österreichisch-ungarische Personalunion. Mit dem Rückzug der Osmanen im Zuge der Abwehr der Belagerung Wiens (1683) erfolgte die Re-Kolonisation Slawoniens. Verbunden damit war die Erweiterung der schon im 16. Jahrhundert begründeten Militärgrenze, in der sich neben Katholiken (Kroaten) auch Orthodoxe (Serben) ansiedelten. Die Jahre 1797 (Ende der Republik Venedig), 1808 (Ende der Republik Dubrovnik), 1809 (Proklamation der Illyrischen Provinzen durch Napoleon) und 1815 (Wiener Kongress, auf dem ganz Istrien und Dalmatien Österreich zugesprochen werden) markieren durch zahlreiche Reformen von oben zugleich die Anfänge der Modernisierung. Die Revolutionsjahre 1848/49 stehen für die „nationale Erweckung“ unter Banus Josip Jelačić. Während der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 konsequent symmetrisch gestaltet war, war der ungarisch-kroatische Ausgleich von 1868, der Kroatien nur eine Teilautonomie brachte, asymmetrisch. Im letzten Teil seines Vortrags konzentrierte sich der Referent auf die Rolle Kroatiens im 20. Jahrhundert. Im Zeichen eines Europas der Nationalstaaten entstand nach 1918 die dreinamige Nation der Serben, Kroaten und Slowenen („SHS-Staat“). Erst seit 1929 nahm dieser Vielvölkerstaat in Südosteuropa offiziell den Namen „Jugoslawien“ an. Die Bildung dieses Staates war schon seit dem 19. Jahrhundert vorgedacht und nun unter den Zeitgenossen auch nicht mehr umstritten. Doch der Zentralismus und die serbische Dominanz führten bald zu Enttäuschung und Unzufriedenheit. Der Überfall der „Achsenmächte“ auf Jugoslawien ließ den „Unabhängigen Staat Kroatien“ entstehen. Der Ustascha-Staat unter Ante Pavelić musste jedoch die Abtretung Dalmatiens an Italien hinnehmen. In der Bevölkerung war er schon dadurch kompromittiert. Er erlangte auch nie die volle Kontrolle über sein Territorium. Serbische Četnik-Verbände und die Partisanen unter Tito wirkten als ihrerseits verfeindete Widerstandsbewegungen. Im Treffen von Jajce am 29. November 1943 erfolgte unter antifaschistisch-kommunistischen Vertretern der Beschluss zur Wiederherstellung Jugoslawiens. Jajce

steht auch als Wegweiser zu einer föderativen Struktur Jugoslawiens nach Plänen der Opposition in der Zwischenkriegszeit wie auch nach dem Vorbild der UdSSR. Die Grenzen der 1945 gebildeten jugoslawischen Teilrepublik Kroatien sind größtenteils historische Grenzen, die sich nicht unbedingt mit ethnisch-konfessionellen Grenzen decken.

Steindorff zeichnete ein Bild der Ambivalenz des nach dem Krieg wiedererstandenen jugoslawischen Staates. Auf der „negativen“ Seite stehen Revancheakte und Vergeltungsaktionen seitens der Kommunisten, die mit Brutalität vorgingen. Das sozialistisch-kommunistische Einparteiensystem bedeutete eine deutliche Absage an den Pluralismus. Die Religionsgemeinschaften wurden behindert, das Wirtschaftssystem war von Ineffizienz gekennzeichnet, und die Geheimpolizei trieb ihr Unwesen. Zur „positiven“ Seite zählte der Referent den durch die Lossagung vom Stalinismus entwickelten „eigenen Weg“ des Kommunismus in Jugoslawien, den auf Dezentralisierung ausgerichteten „Selbstverwaltungssozialismus“ mit relativ guter Versorgung, Reisefreiheit ab den 1960er Jahren und mit sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Josip Broz, genannt „Tito“, die zentrale Führungsfigur, wurde als „Landesvater“ respektiert und geschätzt, in einer Weise, wie es bei keinem Politiker in der sowjetischen Hegemonial-sphäre der Fall war. In den Jahren 1967-1971 entwickelte sich in Kroatien eine soziale Bewegung, die sich ihrerseits auf Tito berief. Die Bezeichnung dieser Jahre als „kroatischer Frühling“ spielt auf Analogien zum „Prager Frühling“ in der ČSSR 1968 an. Während sich allerdings die ČSSR den anderen Staaten des Warschauer Paktes gegenüber sah, stand Kroatien den anderen Republiken innerhalb Jugoslawiens gegenüber. Im Dezember 1971 sprach Tito ein Machtwort und beendete durch seine Autorität die Bewegung, die er, um sie „einzufangen“, lange Zeit selbst mitgetragen hatte. Es folgte die Zeit des „kroatischen Schweigens“ bis ans Ende der achtziger Jahre. Viele Aktivisten wurden bestraft und diskriminiert. Unabhängig vom Scheitern der Bewegung ging jedoch die Stärkung der Position der einzelnen Republiken weiter, am sichtbarsten in der Verfassungsreform von 1974. Steindorff formulierte die These, dass Jugoslawien bereits Ende der 1960er Jahre auf dem Weg der Konföderalisierung war. Das Funktionieren des Staates hing vom Konsens der Republiken ab, die Föderation selbst war schwach.

1989/90 kam es zur „Wende“. Den Fall Ungarns hält Steindorff für ein gutes Vergleichsobjekt. Die Ankündigung freier Wahlen im November 1989 erfolgte, noch bevor – ähnlich wie in Ungarn – eine breite Volksbewegung einsetzte. Im April 1990 erlangte Franjo Tuđman mit seiner weniger als Partei, denn als Bewegung verstandenen „Kroatischen demokratischen Union“ (HDZ) die relative Mehrheit. Die neue Verfassung von 1990 enthielt noch einen Vor-

behalt betreffend die Zugehörigkeit zu Jugoslawien. Ziel war die Umwandlung Jugoslawiens in eine „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“. Hier gelang dieser Schritt nicht, hingegen, stattdessen wurde er parallel zur Auflösung der Sowjetunion (Dezember 1991) als gleitender Übergang zur Anwendung gebracht. Die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens erfolgte erst, als eine militärische Pattsituation entstanden war, am 23. Dezember 1991 durch die Bundesrepublik Deutschland und in weiterer Folge durch die EG-Staaten (15. Januar 1992). Kroatien blieb jedoch eine politische Konfliktzone und sicherheitspolitischer Unruheherd. Die Rückgewinnung der Territorien unter serbischer Kontrolle, der „Krajina“, erfolgte im Rahmen der Militärationen „Blitz“ und „Gewittersturm“ im Mai und August 1995, sie war mit dem Preis der Flucht der serbischen Bevölkerung verbunden. Eine schrittweise Normalisierung ortet Steindorff erst nach Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina im November 1995 durch das Dayton-Abkommen. Mit einem Nebenabkommen von 1995 wurde die friedliche Reintegration Ostslawoniens in das kroatische Staatsgebiet gesichert. Hier ist die serbische Bevölkerung geblieben, die kroatischen Flüchtlinge und Vertriebenen sind zurückgekehrt.

Mit dem Tod Tudjmans 1999 und dem Wahlsieg der Sozialdemokraten Anfang 2000 endete das tendenziell autoritäre HDZ-Regime. Unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ivica Račan und dem noch jetzt amtierenden Staatspräsidenten Stipe Mesić öffnete sich für Kroatien der Weg in die Europäische Union. Verzögernd wirkten die wiederholten Einwände und Vorbehalte der Chefanklägerin am Haager Tribunal, Carla del Ponte, Kroatien arbeite nicht vollständig mit dem Tribunal zusammen. Steindorff ließ offen, ob die Berufung auf diese Vorbehalte durch die Europäische Union wirklich der entscheidende Grund oder ein Vorwand zur Hinauszögerung des Verhandlungsbeginns war. Im Oktober 2005 wurde jedenfalls grünes Licht für Verhandlungen mit der EU gegeben. Für die zweite Jahreshälfte 2009 ist die Aufnahme in die EU geplant.

Anliegen des Vortrages war es zu verdeutlichen, wie notwendig und hilfreich es ist, die „Geschichte der anderen“, d. h. der Nachbarstaaten und Nachbarvölker in Europa zu kennen, umso mehr, wenn diese auf absehbare Zeit in die Europäische Union eintreten sollen.